

Neue Westfälische vom 15.05.2013, S. 1

# Streit um steigende Müllgebühren in NRW

*Land plant Eingriffe in die Abfallentsorgung der Kommunen*

VON HUBERTUS GÄRTNER

■ **Düsseldorf.** Das NRW-Umweltministerium will die kommunale Abfallentsorgung wieder stärker regulieren. In Zukunft soll den Kreisen und kreisfreien Städten wieder vorgeschrieben werden, in welcher Anlage sie den Müll aus privaten Haushalten zu entsorgen haben. Die Pläne rufen Kritik aus Reihen der Opposition und beim Bund der Steuerzahler hervor.

„Mit der geplanten Neuregelung des Abfallwirtschaftsplans setzt Rot-Grün auch in der Kommunalpolitik seinen Kurs der Bevormundung und Entmündigung fort“, kritisierte der CDU-Landtagsabgeordnete und Kommunalexperte André Kuper aus Rietberg (Kreis Gütersloh). Durch die „Einschränkung des Wettbewerbs“ werde den Kreisen und kreisfreien Städten bei der Müllentsorgung der „Gestaltungsspielraum genommen“, steigende Gebühren seien zwangsläufig die Folge.

Ähnlich äußerte sich auch Bärbel Hildebrand, Sprecherin des Steuerzahlerbundes in NRW.

„Wenn die Kommunen ihre Müllentsorgung nicht mehr aus-schreiben dürfen, haben sie weniger Kostensenkungspotenzial. Für den Bürger wird es dann zwangsläufig teurer“, sagte Hildebrand dieser Zeitung.

Wilhelm Deitermann, Sprecher des NRW-Umweltministeriums, verteidigte hingegen die Neuregelung. Ihr Ziel sei es, dem Prinzip der Autarkie und der Nähe bei der Entsorgung von Siedlungsabfällen Rechnung zu tragen, einen ungesunden Preiswettbewerb aufgrund von Überkapazitäten zu vermeiden und Transporte über weite Strecken zu unterbinden. Diese Ziele seien mittlerweile in Europa vorgeschrieben, sagte Deitermann.

In NRW wurden sie allem Anschein nach aber noch nicht erreicht. Ein Grund dafür sind diverse Mechanismen in der Abfallindustrie. Insgesamt gibt es 16 Müllverbrennungsanlagen in NRW. Einige haben Überkapazitäten. Das liegt auch daran, dass sie von Beginn an zu groß dimensioniert wurden – beim Bau waren nicht selten Schmiergelder in Millionenhöhe geflossen. Um eine Auslastung zu erreichen, unterbieten sich die Verbrennungs-

**INFO**

**Autarkie als Ziel**



- ◆ In Nordrhein-Westfalen fallen pro Jahr rund 5,5 Millionen Tonnen Restabfälle an.
- ◆ Oberstes Ziel ist die Entsorgungsautarkie, wonach Abfälle, die in NRW entstehen, auch hier entsorgt werden müssen.
- ◆ Nach dem Abfallwirtschaftsplan kann das in den 16 Verbrennungsanlagen und 4 mechanisch-biologischen Anlagen geschehen.

anlagen bei Ausschreibungen nun gegenseitig. Das führt zum Beispiel dazu, dass der Kreis Viersen demnächst seinen Müll nicht mehr zum Preis von 170 Euro pro Tonne in Krefeld, sondern für knapp 70 Euro in Köln und Solingen verbrennen lassen

kann. Die Verträge wurden jüngst geschlossen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte in ihrem Abfallwirtschaftsplan 2009 darauf verzichtet, Kommunen bestimmte Entsorgungsanlagen verbindlich zuzuweisen, und die jeweiligen Verträge dem freien Markt überlassen. Rot-Grün will das aus den genannten Gründen nun wieder rückgängig machen.

Die Müllverbrennungsanlage (MVA) in Bielefeld sieht sich durch die Pläne vorerst nicht betroffen. Mit rund 375.000 Tonnen verbranntem Abfall, davon 40 Prozent Hausmüll und 60 Prozent Gewerbemüll, sei man 2012 „gut ausgelastet“ gewesen, sagte ein MVA-Sprecher. Etwa 75 Prozent des verbrannten Abfalls habe man aus OWL bezogen. Die Müllgebühren in Bielefeld werden nicht steigen, sagte Martin Wörmann, Leiter der unteren Abfallbehörde in Bielefeld. Auch Rüdiger Klei, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen im Kreis Gütersloh, sieht die Neuregelung gelassen. „Unsere Aufbereitungsanlage steht in Ennigerloh“, sagte Klei. Das werde sicher so bleiben. ➤ *Kommentar*